

# Ende März wird in Mexico eine eigene UNO-Steuerhoheit beschlossen. Die neuste Lüge von UNO-Beitrittsgegnern?

**UNO-Beitrittsgegner behaupten jetzt dreist, die UNO plane in Kürze eigene Steuern einzuführen. Was ist an dem Gerücht wirklich dran? Wollen UNO-Beitrittsgegner vor dem 3. März bloss Verunsicherung säen? - Wir sind den Spekulationen nachgegangen und haben für Sie die Fakten und Originaldokumente gesucht.**

Tatsächlich findet am 18. - 22. März 2002 - also unmittelbar nach dem Urnengang über den UNO-Beitritt der Schweiz - in Monterrey/Mexico die nächste UNO-Konferenz statt. Haupttraktandum: Finanzierung der UNO. Bekannt ist, dass die Weltorganisation in finanziellen Engpässen steckt. Sie braucht zusätzliches Geld, weil sie sich von den Mitgliedsstaaten im Laufe der letzten 10 Jahre zahlreiche Kompetenzen übertragen liess. Die Regierungen jedoch zahlen angesichts der anhaltenden Rezession weniger, wie Kofi Annan in seiner Begrüssungsrede zur 4. Vorkonferenz am 14. Januar 2002 beklagte. Nun will die UNO nicht mehr auf Betteltour gehen. In Mexico sollen verbindliche Beschlüsse über die künftige Finanzierung gefasst werden, so findet es sich in den Vorbereitungsdokumenten dieser "Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung". Sie wurde laut UNO einberufen, um die Finanzierung aller übertragenen Aufgaben zu sichern ([www.un.org/News/facts/confercs.htm](http://www.un.org/News/facts/confercs.htm) und ebenso [www.un.org/esa/ffd/0102sg.htm](http://www.un.org/esa/ffd/0102sg.htm)). Dass in der Folge der Konferenz Steuern erhoben werden sollen, steht tatsächlich im Entwurf des Abschlusspapiers von Monterrey ([www.un.org/esa/ffd/0102Facilit-text.htm](http://www.un.org/esa/ffd/0102Facilit-text.htm)). Unter Punkt 38 wird von "innovativen Quellen für die multilaterale Entwicklungsfinanzierung" gesprochen. Die Regierungsdelegationen werden dort unterschreiben, dass sie "den Ergebnissen der Studien, die der Generalsekretär über die möglichen innovativen Quellen der multilateralen Finanzierung zugegangen sind, in allen Foren besondere Aufmerksamkeit schenken". Was das konkret zu bedeuten hat, erfährt man (wie jeweils in Konferenzpapieren von Grossorganisationen), indem man die Zusatzpapiere sucht und genau liest (was wir für Sie getan

haben): Kofi Annan erwähnte am 8. Oktober 1998 an der 53. Generalversammlung, dass zu den alternativen Quellen der Finanzierung auch alternative Steuern gehören.

([www.un.org/esa/ffd/DocumentsIndex.htm](http://www.un.org/esa/ffd/DocumentsIndex.htm) unter A/53/70). Zudem steht im Bericht der Arbeitsgruppe der Generalversammlung über die Entwicklungsfinanzierung vom 10. August 1999 im Anhang, Punkt 6 unter dem Titel "Innovative Instrumente auf globaler Ebene": "globale Steuern, Abgaben, Steuerbefreiung, Steueranreize".

([www.un.org/esa/ffd/DocumentsIndex.htm](http://www.un.org/esa/ffd/DocumentsIndex.htm) unter A/54/28). Die im März in Mexiko stattfindende Konferenz über die Finanzierung der UNO enthält noch andere brisante Vorgaben, z.B. die Volkswirtschaften global den Grosskonzernen zu überlassen, dass jeglicher Schutz der Landwirtschaft zu entfallen habe und dass der freie Welthandel auf allen Gebieten durchgesetzt werden soll. (Anmerkung dazu: der Schweizerische Bauernverband befürwortet den UNO-Beitritt mit dem Argument, die UNO bilde ein starkes Gegengewicht zur WTO!) Ausserdem sollen die Staaten im finanziellen Bereich ihre Unabhängigkeit aufgeben und z.B. ihre Steuergesetzgebung harmonisieren.

#### **Kommentar:**

*Obige Massnahmen greifen offensichtlich schwer in die Mitsprache der StimmbürgerInnen ein. Wer sich für einen UNO-Beitritt ausspricht, erklärt einschliessweise auch seine Zustimmung zur direkten Besteuerung durch die UNO. Befürworter mögen vielleicht argumentieren, die Schweiz könne als 190. Mitglied wenigstens den Steuersatz mitbestimmen. Diese anstehenden Beschlüsse sind effektiv ein Angriff auf die Steuerhoheit souveräner Staaten. Die UNO erwähnt im betreffenden Dokument freimütig, dass die Nationalstaaten an verschiedenen Konferenzen in den 90er Jahren*

**Vorsicht ist nicht nur eine kluge Staatsmaxime!**

**Am 3. März ein besonnenes NEIN zum UNO-Beitritt**



*in vielen Bereichen ihre Eigenständigkeit preisgegeben hätten. Die Weltorganisation hat über sogenannte "weiche Gesetze" inzwischen viel Macht an sich gezogen und macht den Mitgliedsstaaten nun Vorgaben für deren Politik. In diesem Prozess müssen Regierungen der UNO regelmässig Rechenschaft geben, inwieweit sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Diese Konferenzen, angefangen mit der Rio Konferenz von 1992 ("Agenda 21") über die Weltfrauenkonferenz 1995 bis zur Welternährungskonferenz 1996, die z.T. übrigens einige durchaus positive Ideen beinhalten, führen schrittweise dazu, dass die Bürger in demokratisch strukturierten Staaten die Politik ihres Landes immer weniger selbst bestimmen können. Die Landesregierungen sind schon stark in diese neue Machtstruktur eingebunden und arbeiten nun offenbar daran, dass sich demokratisch gesinnte Bürger nicht allzusehr gegen diese Prozesse wehren. Wird etwa auch deshalb versucht, mit massiver Staatspropaganda (z.B. Popkonzerte für den UNO-Beitritt) die Bevölkerung zu ködern? Viele misstrauisch gewordene BürgerInnen sprechen dies nur deshalb nicht offen aus, weil Kritiker gerne als Uninformierte, Hinterwäldler oder gar Demagogen diffamiert werden.*

**Bürger**  **Solothurner  
bewegung**

Postfach 64, 4717 Mümliswil, PC 40-779936-5